

Hanauer Friedensplattform
c/o Otto Dols
Frankfurter Landstraße 67
63452 Hanau
Tel./Fax 06181 256727

Hanau, den 15.1.2007

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Dr. Raabe,

unseren offenen Brief, in dem wir Sie gebeten hatten, dem Libanon-Einsatz der Bundeswehr nicht zuzustimmen, haben Sie leider nur unzureichend beantwortet. Auf keinen unserer zehn Punkte sind Sie wirklich eingegangen. Sie haben sich auf Ihren „Bericht aus Berlin“ zurückgezogen, der keine konkreten Antworten auf die Fragen enthält, die wir Ihnen gestellt hatten.

Außerdem war die Annahme, dass die Hisbollah ihre Waffen auf dem Wasserweg ins Land bringen würde, obwohl dies über die lange gemeinsame Grenze mit Syrien viel einfacher geht, als Begründung für den Einsatz mehr als fragwürdig. Ein Blick auf die Landkarte zeigt Ihnen, dass der Transport auf dem Landweg problemloser und einfacher ist. Es war geradezu peinlich, wie sich die Bundesregierung mit Herrn Steinmeier Israel und dem Libanon aufgedrängt hat, um mitmachen zu dürfen, obwohl gar keine Aufforderung vorlag. Inzwischen liegt eine erste Bilanz des Einsatzes vor: über 400 Schiffe wurden kontrolliert und außer ein paar Schmuggelzigaretten ist nichts gefunden worden.

Im Hanauer Anzeiger wurde angekündigt, dass Sie im Bundestag die Einhaltung des Verursacherprinzips in Bezug auf die Kriegsschäden im Libanon einfordern würden. Ihre Rede enthält leider keine Aussage zu diesem Punkt. Wahrscheinlich hat Sie beim Anblick des israelischen Botschafters auf der Besuchertribüne der Mut verlassen.

Eine derartig einseitige Unterstützung einer Kriegspartei trägt mit Sicherheit nicht zur Lösung des Konflikts bei. Eine dauerhafte Lösung kann es nur geben, wenn die Palästinenser endlich ihren lange versprochenen eigenen Staat bekommen. Schauen Sie sich doch mal die Genfer Initiative an. Sie enthält ein paar gute Vorschläge.

Es gibt seit Jahrzehnten internationale Vereinbarungen, die den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten eindeutig festlegen. Die israelischen Regierungen der letzten Jahre haben diese Vereinbarungen seit Jahren sabotiert. Der Mauerbau als einseitige Maßnahme Israels gegen die Palästinenser ist mit Sicherheit keine vertrauensbildende Maßnahme.

Die Waffenexportrichtlinie verbietet Waffenlieferungen in Spannungsgebiete.

- Setzen Sie sich daher mit ganzer Kraft dafür ein, dass Deutschland nach Israel keine Waffen und U-Boote mehr liefert.
- Bitte fordern Sie die Bundesregierung zu einer eindeutigen Stellungnahme für die Einhaltung der vielen UNO-Resolutionen auf, die den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten verlangen.
- Üben Sie Druck auf die israelische Regierung aus.
- Setzen Sie sich dafür ein, dass auch Israel das Waffenstillstandsabkommen einhält.

- Setzen Sie sich für den Rückzug der deutschen Marine von der libanesischen Küste ein.

Inzwischen wissen wir, dass Israel nicht nur international geächtete Streubomben sondern auch Phosphorbomben geworfen hat, was genauso verwerflich ist. In diesem Zusammenhang haben wir erfahren, das auch die Bundeswehr Streubomben besitzt. Welcher Verteidigungsminister hat diese angeschafft und wofür? Warum werden sie erst jetzt, nach großen Protesten und dem Beschluss einer EU-Richtlinie verschrottet? Sie und andere Abgeordnete Ihrer Fraktion hätten sich ja auch schon mal dafür einsetzen können.

Als politisch interessierter Mensch wissen Sie, dass sich zurzeit ein weltweiter Kampf um Energieressourcen abspielt. Mit allen Mitteln versucht die US-Regierung, einen großen Anteil dieser Ressourcen für die USA zu sichern und setzt dabei auf Krieg. Ihr nächstes wahrscheinliches Angriffsziel ist der Iran. Bitte bedenken Sie, dass nach wie vor die Gefahr einer Eskalation des Konflikts besteht. Auch aus diesem Grund sollte Deutschland seine Marine sofort von der libanesischen Küste zurückziehen.

Leider versucht die Bundesregierung, beim Spiel um die Energiereserven der Erde mitzumischen. Eine Umfrage vom November 2006 zeigt allerdings, dass 87 Prozent der Bundesbürger gegen den Bundeswehreinsatz in Afghanistan sind. Gegen den Libanoneinsatz waren sogar über 90 % der bundesdeutschen Bevölkerung, Sie haben also mit Ihrer Ansicht keine Mehrheit. Die libanesischen Bevölkerung ist sicher genauso wenig erfreut, dass ihr Ministerpräsident jetzt ausländische Truppen anfordert.

Mit freundlichen Widerstandsgrüßen

Für die Hanauer Friedensplattform

Otto Dols
Doris Werder